

DIE LINKE. Thüringen

006/2013 – Beschluss des Landesvorstandes am 24. 11. 2013

(Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen)

Der Landesvorstand tritt der nachfolgenden Erklärung bei und unterstützt die Forderungen, keine Kürzungen und Stellenstreichungen der FSU Jena vorzunehmen und für eine umfassende Finanzierung von Hochschulen.

+++++

Erklärung: Keine Kürzungen an der FSU Jena! Gegen prekäre Beschäftigung an Hochschulen!

Veröffentlicht am [19. November 2013](#)

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Struktur- und Entwicklungsplan (StEP)

Im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarung, welche die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur geschlossen hat, sind massive Einsparungen an der Universität vorgesehen. Mit dem Struktur- und Entwicklungsplan (StEP), der derzeit im Senat der FSU Jena diskutiert wird, liegen nun erste konkrete Vorschläge für Einsparungen und Kürzungen vor. In den geplanten Kürzungen und Stellenstreichungen an der FSU Jena sind derzeit 125 Vollzeitstellen und ganze 25 Professuren zur Streichung bis 2020 vorgesehen. Dagegen richtet sich nun studentischer Protest – und zwar zu Recht.

Die vorgesehenen Stellenstreichungen sind bildungs- und hochschulpolitisch ein Schritt in die falsche Richtung. Ihr würden nicht nur wichtige und beliebte Professuren zum Opfer fallen, sondern auch die bisherige Qualität von Forschung und Lehre stünde zur Disposition. An den Wissenschaftsstandort Jena werden künftig steigende Ansprüche und Erwartungen gestellt werden – wie sollen diese mit weniger Personal und weniger Stellen bewerkstelligt werden?

Im Struktur- und Entwicklungsplan wird konkret, was bereits in der Rahmenvereinbarung III 2011 vereinbart ist. Während die Budgets der großen Forschungsinstitute um jährlich 5% steigen, erhalten die Hochschulen in Thüringen einen jährlichen Aufwuchs von lediglich 1%. Bei steigenden Fixkosten bedeutet das weniger Geld für Forschung und Lehre, weniger Personal und schlechtere Studienbedingungen. Die Landesregierung jubelt indes über 140 Mio. Euro mehr aus dem Hochschulpakt bis 2018. Diese zusätzlichen Mittel verstellen den politischen Blick auf unsere Hochschulen. Tatsächlich werden zusätzliche Bundesmittel zum Anlass genommen, notwendige Aufwüchse in den Grundbudgets der Hochschulen abzuweisen.

Die geplanten Kürzungen und Stellenstreichungen bedeuten dabei nicht nur den massiven Verlust von Arbeitsplätzen – sie werden zu Mehrbelastung in der Organisation und Gestaltung von Forschung und Lehre führen und damit die Arbeitsbedingungen an der FSU Jena verschlechtern. Was durch den Wegfall von Professuren und wissenschaftlichen Stellen verloren geht, wird an anderer Stelle inhaltlich und organisatorisch aufgefangen werden müssen, um die Forschung und Lehre in der bisherigen Qualität sicher zu stellen. Was die FSU Jena in Zukunft an Mehrarbeit leisten soll, um weiterhin gute Ergebnisse zu liefern, soll künftig mit noch weniger Personal bewerkstelligt werden. Heißt konkret: Die geplanten Streichungen werden erheblich zur Prekarisierung der Arbeit an der FSU Jena beitragen.

Bereits jetzt stellen andauernde Befristungen, Mehrfachbelastungen, Überstunden, niedrige Löhne und erzwungene Wettbewerbsfähigkeit bekannte Probleme für die wissenschaftliche Arbeit an Hochschulen dar, die nicht nur Jüngeren den Einstieg in die Wissenschaft erschweren, sondern letztlich auch zu stressbedingten Erkrankungen durch Überbelastung und psychischen Druck führen. Der Struktur- und Entwicklungsplan wird seinen Teil dazu beitragen, diese Situation in Jena weiter zu verschärfen.

Die Auseinandersetzung um den Struktur- und Entwicklungsplan ist darum nicht nur eine bildungs- und hochschulpolitische. Sie ist letzten Endes auch eine um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen und die Frage, wie wissenschaftliche Arbeit in Zukunft aussehen soll. Sie ist damit auch eine genuin gewerkschaftliche Auseinandersetzung.

Wir, ehrenamtliche und hauptamtliche Aktive in den verschiedenen DGB-Gewerkschaften, sprechen uns hiermit gegen jede Form von Kürzungen und Stellenstreichungen an der FSU Jena aus. Statt einer neoliberalen Kürzungspolitik, die exzellente Leistungen in der Wissenschaft erwartet und dafür zugleich immer weniger Mittel bereit stellen will, fordern wir eine umfassende Finanzierung von Hochschulen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen gemäß der Impulse, um die sich DGB-Gewerkschaften seit Jahren bemühen.

Jena, im November 2013